

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846-48 ppbn d



## Inhalt

Hans Koschnick, Stellv. Vorsitzender der SPD, sieht in Kreisen der CDU eine Versachlichung der Extremistendiskussion.  
Seite 1-3

Frank Sommer, Sprecher des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit, weist der CDU Wählerverdummung mit falschen Zahlen nach.  
Seite 4

Heidi Wieczorek-Zeul, Vorsitzende des "Europäischen Koordinierungsbüros Internationaler Jugendorganisationen Westeuropas", fordert eine bessere Interessenvertretung der Jugendlichen auf europäischer Ebene.  
Seite 5/6

Klaus Daubertshäuser MdB, Lärmschutzexperte der SPD-Bundestagsfraktion, erläutert die unterschiedlichen Möglichkeiten, den Lärm wirkungsvoll zu drosseln.  
Seite 7

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

33. Jahrgang / 221

16. November 1978

In die Extremistendiskussion ist Bewegung geraten

Mit Rezepten des Kalten Krieges ist keine Politik mehr zu machen

Von Hans Koschnick  
Stellv. Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bürgermeister und Senatspräsident der Freien Hansestadt Bremen

Vor vier Wochen habe ich dem Parteivorstand meinen Schlußbericht mit den Neun Grundsätzen zur Neuregelung des Verfahrens der Prüfung von Verfassungstreue im öffentlichen Dienst vorgelegt. Die Diskussion in der Partei, in der Fraktion und im Bundeskabinett, aber auch in der FDP, hat die Notwendigkeit für eine Liberalisierung bestätigt. Die außerhalb der Partei, in einem Teil der Medien und in der CDU/CSU anfänglich polemische Debatte hat inzwischen mehr Sachlichkeit Platz gemacht. Es hat sich gezeigt, daß von der Richtigkeit der in der Springerpresse inszenierten Kampagne allenfalls der Verleger und seine Redakteure überzeugt waren.

Wenn Eltern Sturm laufen, wenn ihren Kindern ein guter Pädagoge entzogen wird, nur weil er nicht die "richtige" Gesinnung hat, dann spricht doch manches dafür, daß mit den Rezepten des Kalten Krieges keine Politik mehr zu machen ist.

In der CDU/CSU mehren sich besonnene Stimmen, die auf das Motiv eingehen, aus dem heraus wir eine Veränderung für nötig halten: Es geht uns eben nicht darum, Extremisten den Weg in den Staatsdienst zu ebnen, denn wir wollen nie Gesetze ja nicht verändern. Es geht uns darum, diese Gesetze so anzuwenden, daß den Gegnern von Freiheit und Demokratie der Weg in den öffentlichen Dienst verlegt wird, ohne daß durch ein diskriminierendes Prüfverfahren die Menge derer verunsichert wird, die bereit ist, unseren Staat mitzu-

tragen. Dazu gehört es eben, auch mit dem Unfug der Regelanfrage beim Verfassungsschutz (für deren Wirksamkeit Ihre Verfechter den Beweis noch schuldig sind) Schluß zu machen und die Verfassungsschutzbehörden wieder für die Aufgaben freizustellen, für die wir sie geschaffen haben.

Wenn der bayerische Staatsminister des Innern meint, ohne die Regelanfrage könne man den Verfassungsschutz gleich ganz abschaffen, so will ich das mit der Unkenntnis des Neulings über seine Kompetenzen entschuldigen; schließlich sind die Verfassungsschutzämter zu anderer Aufgabenerfüllung eingerichtet worden. Solche Aussagen werden auch nicht besser, wenn man sie mit Gutachten von Professoren belegt, die der SPD angehören, denn eine Mitgliedschaft in der SPD hindert nicht, gegenüber der Politik der Partei abweichende Meinungen zu haben - nur Kaderparteien kennen diese Meinungsfreiheit nicht.

Immerhin zeigt die Entscheidung der saarländischen Landesregierung, daß auch bei der CDU Bewegung eingetreten ist. Wenn außerdem andere CDU-Politiker beteuern, man wolle niemand den Zugang zum öffentlichen Dienst versagen, weil er in seiner Studentenzeit Unfrommes gedacht hat, so deutet das auf die Bereitschaft zu Konzessionen hin.

Der Beschluß des F.D.P.-Bundesparteitags zur Extremistendiskussion macht deutlich, wie eng Liberale und Sozialdemokraten in der Sache verbunden sind. Das verlangt nun aber auch den entsprechenden Vollzug.

In der Diskussion der vergangenen Wochen hat sich allerdings gezeigt, daß die von mir vorgeschlagenen Grundsätze nicht ohne Veränderungen werden beschlossen werden können. So ist deutlich geworden, daß eine differenzierte Prüfung in bestimmten Kernbereichen staatlichen Handelns rechtlich auf Bedenken stößt. Systematisch richtiger ist es deshalb, die intensiviertere Prüfung dort anzustre-

deln, wo sie begrifflich auch hingehört, in den Bereich der Sicherheitsüberprüfung.

Das wird für einen Bereich besondere Konsequenzen haben, der in besonderem Maße Gegenstand der Diskussion ist, nämlich Post und Bahn. Wenn es in der Vergangenheit zu Entlassungen gekommen ist, so ist nicht hinreichend deutlich geworden, daß sie das Ergebnis von Sicherheitsüberprüfungen gewesen sind. Die Frage stellt sich aber, ob nicht Beamte, die den Sicherheitsbestimmungen nicht genügten, hätten versetzt werden können in nicht oder weniger sicherheitsempfindliche Bereiche. Hier werden die zuständigen Stellen noch weiter nachdenken müssen.

Einen Irrtum möchte ich bei dieser Gelegenheit korrigieren, der auf Grund meines Berichtes hinsichtlich der Behandlung von Extremisten entstanden ist. Die Praxis der zurückliegenden Zeit hatte den Eindruck erweckt, als sei bei Post und Bahn die Arbeit für einen Rechtsextremisten weniger risikoreich als für einen Linksextremisten. Ich habe mich von Kurt Gscheidle belehren lassen, daß er die notwendigen Anweisungen gegeben hat, die eine gleiche Behandlung von Extremisten ermöglicht und daß er entschlossen ist, eine Ungleichbehandlung von Extremisten zu unterbinden. Offenbar ist es aber für Personalbehörden leichter, Informationen über Linksextremisten zu erhalten, als das bei Rechtsextremisten der Fall ist. Es wäre sicherlich reizvoll, den Gründen hierfür nachzugehen.

Für mich macht es gerade angesichts unserer historischen Erfahrung keinen Unterschied, ob von links- oder von rechtsaußen unsere Demokratie angegriffen wird, gegen jeden Angriff setze ich mich zur Wehr. Für mich ist es ein Zeichen besonderer Feinfühligkeit für diese Prinzipien, wenn Herr Dr. Dregger am Tag des Gedenkens an die Reichskristallnacht von der Bundesregierung Belege für die Gefährlichkeit von Organisationen und Parteien verlangt, die demokratische Politiker als Mörder bezeichnen, Nazidoktrinen vertreten und die Gaskammern von Auschwitz Backöfen nennen.

(-/16.10.1975/ogy/hgs)

+ + +

Wie die CDU die Öffentlichkeit für dumm verkaufen will

---

"Forderungen", die längst beschlossene Sache sind - gefälschte Zahlen

Von Frank Sommer

Sprecher des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit

Die CDU - Bundesgeschäftsstelle - probt offenbar den Bundestagswahlkampf 1980. Wenn ihr dabei Rohrkrepierer von der Art unterlaufen, den sie sich mit einem jetzt veröffentlichten Flugblatt zum Kindergeld geleistet hat, dann sieht es schlimm für Helmut Kohls Mannschaft aus. "Zur Sache" wird in jenem Flugblatt (der sachkundigen Bonner politischen Öffentlichkeit enthielt man es vorsichtshalber vor und verteilte es lediglich "draußen im Lande") die ebenso dreiste wie falsche Behauptung aufgestellt: "Dank SPD/FDP weniger Kindergeld als 1970."

Das CDU-Flugblatt ist ein grotesker Beweis völliger Verschlafenheit, gepaart mit einer geradezu unglaublich frechen Polemik. Unter scharfen Angriffen gegen die angebliche Kinderfeindlichkeit der sozial-liberalen Koalition wird darin "gefordert": Anhebung des Kindergeldes für das dritte und jedes weitere Kind von 1979 an um 45 Mark und für Zweitkinder von 1980 an um 20 Mark.

Wie allgemein bekannt ist, ist aber das, was die CDU da "fordert", längst Gesetzesrealität, vom Bundestag auf Vorschlag des Bundeskabinetts mit Zustimmung der CDU/CSU-Fraktion beschlossen!

Das Flugblatt zeigt, wie unseriös die CDU ihre Propaganda macht, für wie dumm sie die Bürger und Wähler verkaufen zu können glaubt. Die sozial-liberale Koalition hat in den letzten Jahren viele reale Verbesserungen bewirkt - angefangen mit dem seit 1975 für alle Kinder gezahlten, insgesamt stark gestiegenen Kindergeld bis zu den neuen Beschlüssen zum Mutterurlaub. Anstatt dies zur Kenntnis zu nehmen, fordert die CDU inzwischen die Wiedereinführung von Besserverdienenden begünstigenden steuerlichen Freibeträgen.

Völlig falsch und aus der Luft gegriffen ist auch die Behauptung der CDU, Familien mit zwei und drei Kindern verfügten heute real über weniger Geld für die Kinder als 1970. Das genaue Gegenteil ist natürlich richtig!

Beim Familienlastenausgleich wurden gegenüber dem Stand von 1970 folgende reale Verbesserungen (Preissteigerungen also bereits abgerechnet) erreicht:

- Familien mit zwei Kindern: plus 87,9 Prozent
- Familien mit drei Kindern: plus 23,8 Prozent

Diese Entwicklung ergibt sich für Familien, die 1970 über einen monatlichen Bruttoarbeitslohn von 1.500 DM verfügten.

Die genannten materiellen Verbesserungen sind bereits heute eingetreten. Die auf Vorschlag der Bundesregierung vom Bundestag für 1979 bzw. 1980 bereits beschlossenen weiteren Kindergelderhöhungen werden erneut zu einer erheblichen Verbesserung der Lage der Mehrkinderfamilien führen. Die Leistungen der sozial-liberalen Koalition können sich also sehen lassen! Der CDU kann man nur empfehlen, bei der Wahrheit zu bleiben. Mit gefälschten Zahlen und "Forderungen", die andere längst verwirklicht haben, wird sie nicht einen einzigen Wähler gewinnen können.

(-/16.11.1978/bgy/hgs)

Jugend muß teilhaben an Europa

"Europäisches Jugendforum" - Testfall für Anteil der Jugend an EG-Politik

Von Heidi Wieczorek-Zeul

Vorsitzende des "Europäischen Koordinierungsbüros der internationalen  
Jugendorganisationen Westeuropas (ECB)"

Welche Hoffnungen Jugendliche auf Europa setzen, wird maßgeblich davon abhängen, wie Europa zur Lösung der wichtigsten Probleme der Zukunft beiträgt, aber auch vor allem davon, wie die Jugendlichen als Betroffene der Politik auf EG-Ebene an diesen Entscheidungen beteiligt werden. Mit anderen Worten, wie die große Distanz zwischen dem täglichen Leben und den Erfahrungen der Jugendlichen einerseits und der Politik auf EG-Ebene andererseits verringert werden kann. Die Verringerung dieser Distanz ist z.B. eine notwendige Voraussetzung für objektives Engagement bei den anstehenden Wahlen.

Für die Frage der Beteiligung an EG-Entscheidungen steht in den nächsten Wochen ein "Testfall" an, dessen Lösung von den Jugendorganisationen in Europa als entscheidend für die europapolitische Motivierung von Jugendlichen betrachtet wird:

Alle westeuropäischen Jugendorganisationen haben sich bereits seit längerer Zeit für die Gründung eines "Europäischen Jugendforums" bei der EG ausgesprochen, das der Partner der EG-Kommission für den Dialog mit der Jugend werden soll. Ein solcher direkter Partner auf der Ebene der EG fehlt bisher. Der Europäische Jugendrat (CENYC) und das Europäische Koordinierungsbüro (ECB) umfassen die Jugendorganisationen auf der Ebene Europas der 20 und sind daher auch mit anderen Arbeitsbereichen beschäftigt.

Im Dezember letzten Jahres haben die Jugendorganisationen die Satzung des "Jugendforums" verabschiedet, im Juni 1978 haben sie das "Jugendforum" formell konstituiert.

In drei Feldern und drei "Kommissionen" soll die regelmäßige Arbeit dieses "Jugendforums" erfolgen:

Bildungsfragen (Nr. 3), Soziale Fragen unter anderem Jugendarbeitslosigkeit (Nr. 2) und allgemeinpolitische Fragen auf der EG-Ebene (Nr. 1).

Das "Europäische Jugendforum" könnte damit eine Organisationsform von Jugendverbänden (Internationale und Nationalkomitees) sein, die die große Differenzierung zwischen EG und praktischer Jugendarbeit und den realen Erfahrungen der Jugend überbrücken helfen

könnte. Eine Organisationsform, die es sonst auf der EG-Ebene nur noch - in anderer Form - für die Gewerkschaften gibt. EG-Kommissions-Präsident Jenkins hat zwar für die Kommission prinzipiell das "Jugendforum" politisch als wichtig gewürdigt, aber notwendige Rechte des Forums sind noch ungeklärt.

Seit Monaten und Wochen verhandeln Jugendverbände mit Vertretern der EG-Kommission über die realen Kompetenzen, die das Jugendforum erhalten soll, und über seine Finanzierung:

Die Jugendverbände verlangen Zusicherungen über folgende Rechte, ohne die das "Jugendforum" nicht ausreichend und sinnvoll arbeiten kann:

- In allen jugendpolitischen Fragen von der Kommission gehört zu werden (Konsultation),
- in allen jugendpolitischen Fragen und Initiativen der EG rechtzeitig informiert zu werden (Information),
- in den Fragen der Jugendpolitik, die die Jugendverbände für wichtig halten, eigene Initiativen ergreifen zu können, mit denen sich die EG-Kommission beschäftigen muß (Initiative),
- für seine Arbeit eine ausreichende Finanzierung durch die EG zu erhalten.
- Es besteht z.B. die ungewöhnliche Situation, daß die Frage, wie und nach welchen Gesichtspunkten Finanzmittel - etwa aus dem sogenannten "Kreyssig-Fond" - an die Jugendorganisationen vergeben werden, völlig ungeklärt ist. Die Jugendverbände, die national ausreichende Informationen über die Mittelvergabe und ihre Kriterien haben und die auf der Ebene des Europarates beim "Europäischen Jugendwerk" und "Jugendzentrum" "co-managements" mitentscheiden, haben keine Ahnung, nach welchen Gesichtspunkten die EG verfährt.

Für den 22. bis 24. November sind nun die Wahlen für den Vorstand des "Jugendforums" festgesetzt. Die dann stattfindende Generalversammlung wird aufmerksam zur Kenntnis nehmen, inwieweit man bei der EG-Kommission - über eine allgemeine Anerkennung des Jugendforums hinaus - bereit ist, den Jugendlichen notwendige Mitspracherechte einzuräumen. Dies ist ein "Testfall", der auch die Regierungen der Mitgliedsländer interessieren müßte. Denn alle Motivierungskampagnen zur Europawahl helfen wenig, wenn bei realen Anlässen die Motivation von Jugendverbänden eher enttäuscht als ermutigt wird.

Zusammen mit einer Demokratisierung der europäischen Institutionen durch eine Direktwahl des Europäischen Parlamentes würde die effektive Einrichtung des "Jugendforums" mit allen notwendigen Kompetenzen ein zusätzlicher Schritt in Richtung auf mehr Transparenz auf der EG-Ebene sein.

In fast allen jugendpolitischen Fragen dürfte es dann in der Zukunft auch eine enge Zusammenarbeit zwischen Jugendforum und Europäischem Parlament geben, sodaß die Interessen der Jugendlichen auf der europäischen Ebene deutlicher aufgegriffen und wahrgenommen werden könnten.

(-/16.11.1978/ks/hgs)

### Lärmschutz als gesellschaftspolitische Forderung

---

Nur die Summe verschiedener Maßnahmen verspricht Erfolg

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Vorsitzender der ad-hoc-Arbeitsgruppe Lärmschutz der SPD-Bundestagsfraktion

Mit der Beendigung des letzten Teiles des öffentlichen Anhörungsverfahrens zum Entwurf des Verkehrslärmschutzgesetzes - eines der größten Anhörungsverfahren in der Geschichte des Deutschen Bundestages - ist die Arbeit nicht beendet. Im Gegenteil - nun beginnt der schwierige Teil der Auswertung und der Einbeziehung der vielen zusätzlich gewonnenen Erkenntnisse in die Gesetzgebungsarbeit.

Lärmschutz ist nicht nur ein umweltpolitisches Ziel, sondern in einem sehr großen Maße besitzt er auch gesellschaftspolitische Dimensionen. Es sind vor allem die arbeitenden Menschen, die in vielfältiger Hinsicht vom Lärm betroffen sind; häufig durchgängig vom Arbeitsplatz bis hin zur Wohnung. Weder die Arbeitsplatz- noch die Wohnungsmobilität ist so groß, daß dem Lärm ausgewichen werden könnte. Das Verkehrslärmschutzgesetz muß mithelfen, daß ungestörtes Wohnen nicht zu einem Luxusartikel wird.

Auf die Bedeutung der Bekämpfung des Verkehrslärms hat Bundeskanzler Helmut Schmidt bereits in seiner Regierungserklärung am 16. Dezember 1976 hingewiesen. Der Gesetzgeber muß nun einer doppelten Aufgabenstellung gerecht werden; nämlich festzulegen, in welchen Fällen Schutz vor Verkehrslärm notwendig ist und wann die Bürger diesen Schutz fordern können. Dabei muß der Zielkonflikt zwischen den Forderungen nach mehr Straßen und die unüberhörbare Forderung nach Schutz der Umwelt sinnvoll austariert werden.

Hier muß insbesondere bei der Planung von überörtlichen Straßen entgegen der vor allem durch Bürgerinitiativen stimulierten vorwiegenden Ablehnung auch gesehen werden, daß diese in vielen Fällen zu einer erheblichen Entlastung von Ortslagen führen können und damit zu einer günstigeren Immissionsituation. Dies entspricht auch der sinnvollen Forderung, durch eine sachgerechte Planung Lärmbelastung so weit wie möglich von vornherein zu verhindern.

Neben den Immissionsbezogenen Zielen, die teilweise bereits im Gesetzentwurf angesprochen sind, gilt es, den zusätzlichen Teil der Maßnahmen zur Emissionsverminderung als neues Schwergewicht auszulegen. Dabei muß der Lärm möglichst bereits bei seiner Entstehung, d.h. an der Quelle bekämpft werden. Diese Emissionsminderung findet ihre Grenze letztlich am Rollgeräuschpegel, der seinerseits durch Geschwindigkeit, Reifenkonstruktion und Straßenbelag noch variabel ist.

Zur Emissionsverminderung zählt aber auch ein umweltschonendes Fahrverhalten, welches sicher eine umweltorientierte Verkehrserziehung zur Voraussetzung hat. Der große Bereich der verkehrsordnenden und -lenkenden Maßnahmen ist ebenso wie die Verkehrsberuhigung in Wohnlagen in diesem Zusammenhang zu sehen.

Eine einseitige Ausrichtung der Lärmschutzmaßnahmen auf den aktiven und passiven Schallschutz, auf die Fahrzeuge oder auf die Verkehrsplanung ist mit Sicherheit volkswirtschaftlich nicht sinnvoll. Nur in der Summe dieser unterschiedlichen Möglichkeiten kann der Erfolg eines wirkungsvollen Lärmschutzgesetzes liegen.

(-/16.11.1978/ks/hgs)